



DFR – Kurz gesagt

Newsletter aus der Bundesgeschäftsstelle

Abweisung der Popularklage zur geschlechterparitätischen Ausgestaltung des Wahlvorschlagsrechts

153 Antragsteller*innen, darunter Frauenverbände, argumentieren, dass Frauen nicht ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechend im Landtag und in den Kommunalparlamenten repräsentiert seien; vielmehr ergebe sich aus den statistischen Daten auch heute noch eine überproportionale Vertretung durch Männer. Dem müsse dadurch entgegengewirkt werden, dass Frauen bei der Aufstellung der Wahlvorschläge paritätisch im Sinn von gleichmäßig bzw. gleichberechtigt berücksichtigt werden. Der DFR fordert deshalb ein Paritätswahlgesetz für Deutschland. Nun hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof die Popularklage auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Regelungen aus dem Wahlvorschlagsrecht der Parteien am 26. März 2018 abgewiesen. Mehr dazu unter:

<http://www.bayern.verfassungsgerichtshof.de/media/images/bayverfgh/15-vii-16-pressemitt-entscheidung.pdf>

Kaum Frauen in Führungspositionen in den neu besetzten Bundesministerien

Zur politischen Führungsebene der Bundesregierung gehören die Kanzlerin und Minister sowie die Parlamentarischen Staatssekretäre und Staatsminister. Mit 58 Männern und 24 Frauen liegt der Frauenanteil dort bei gerade einmal 29,3 Prozent. Zu den politischen Spitzenbeamten, die vom Kabinett bestätigt, aber auch jederzeit ausgetauscht werden können, gehören auch die Abteilungsleiter im Kanzleramt und in den Ministerien. Unter Angela Merkel arbeiten auf dieser Ebene fünf Männer und eine Frau, im Innenministerium ist das Verhältnis elf zu drei, im Auswärtigen Amt sieben zu zwei. Mehr unter:

<http://faktenfinder.tagesschau.de/inland/frauen-ministerien-101.html>

Neue Studie: Unbezahlbare Mieten in deutschen Großstädten

In deutschen Großstädten fehlen 1,9 Millionen bezahlbare Wohnungen. Vor allem Geringverdiener finden häufig keine Mietwohnung, die sie sich leisten können. Besonders angespannt ist die Lage für armutsgefährdete Haushalte in München, in der Region Rhein-Main sowie Köln-Bonn. Aber auch in Städten mit vielen Niedrigverdienern wie Berlin, Leipzig oder Dresden ist bezahlbarer Wohnraum knapp. Zu diesem Ergebnis kommen Henrik Lebuhn, Andrej Holm, Stephan Junker und Kevin Neitzel, die untersucht haben, welche Wohnungen sich die Menschen leisten können und wie dies mit dem Angebot auf dem jeweiligen Mietmarkt zusammenpasst. Daraus ergeben sich detaillierte Zahlen zur „Versorgungslücke“ in allen 77 deutschen Großstädten.

https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_063_2018.pdf